



RATSFRAKTION WUPPERTAL
Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Verkehr
Rathaus
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal*

Es informiert Sie Herr Wierzba

Anschrift Rathaus Barmen
Johannes-Rau-Platz 1
42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563-6272
Fax (0202) 563-8573
E-Mail fraktion@fdp-wuppertal.de

Datum 24.05.2012

Drucks. Nr. VO/0404/12
öffentlich

Antrag

Zur Sitzung am
13.06.2012

Gremium
Ausschuss für Verkehr

Schulwegsicherung Kreuzung Berliner Straße/Schwarzbach

Sehr geehrter Herr Weigel,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal beantragt, der Verkehrsausschuss möge am 13.06.2012 beschließen:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die Ampelanlage an dem derzeit für Fußgänger gesperrten östlichen Überweg an der Kreuzung Berliner Straße/Schwarzbach, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Sperrung der Linksabbiegerspur von Langerfeld aus kommend, wieder in Betrieb genommen werden kann.

Begründung:

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal sieht nicht zuletzt durch den Unfall vom 11. Mai 2012, bei dem eine 11jährige Schülerin der Hauptschule Hügelsstraße beim verkehrsrechtswidrigen, östlichen Überqueren der Kreuzung Berliner Straße von einem Auto angefahren wurde, Handlungsbedarf in punkto Schulwegsicherung.

Durch die Verlegung des im Rahmen des Umbaus der Schwebebahnendhaltestelle Berliner Platz notwendig gewordenen Busbahnhofes auf den P&R-Parkplatz im Höfen hat sich der gesamte Publikumsverkehr weiter in Richtung Osten verlagert. Hier steigen unzählige Schüler der umliegenden Schulen ein und aus.

Ein direktes Überqueren der Berliner Straße in östlicher Richtung, also Richtung Schwarzbach und Hügelstraße ist aufgrund der Sperrung der Fußgängerampel nicht mehr möglich. Fußgänger sind nun gehalten einen längeren Umweg über insgesamt vier unterschiedlich geschaltete Ampelanlagen in westlicher Richtung zu nehmen. Gerade Schülerinnen und Schülern der Hauptschule Hügelstraße sind von der geänderten Verkehrssituation besonders betroffen.

Einige Schüler, aber auch erwachsene Passanten wählen von daher lieber den verkehrsrechtswidrigen, aber weit schnelleren Weg von der neuen Bushaltesstelle kommend über den grünen Mittelstreifen der B7 in Richtung Hügelstraße. Der ausgetretene Trampelpfad auf dem Grünstreifen der Berliner Straße ist ein Beleg dafür, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt.

Gerade die jüngeren Kinder, die älteren Schülern oder Erwachsenen beim verkehrsrechtswidrigen Überqueren der Straße nacheifern, können jedoch Gefahren des Straßenverkehrs bekannter Maßen nicht richtig einschätzen und müssen daher im Rahmen der Schulwegsicherungspflicht besonders geschützt werden. Die Verwaltung will dies durch eine Absperrung auf dem Mittelstreifen der B7 umsetzen.

Auf Grund der nur vorübergehenden Änderungen der Schulwegführung hält die FDP-Fraktion eine solche Lösung für die schlechtere Alternative, da auch sie weitere verkehrserzieherische Maßnahmen bei den jüngeren Schülern nachziehen müsste, die erst nach einiger Zeit dauerhafte Wirkung erzielen.

Die FDP-Fraktion schlägt daher vor, den östlich der Kreuzung gelegenen Fußgängerüberweg wieder zu öffnen und so die Schulwegsicherheit wieder herzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Otto Jacob